



## Änderungsantrag

—

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### **Soziale und wirtschaftliche Folgen des Ölembargos in Ostdeutschland abfedern**

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 8/1288**

Der Landtag wolle beschließen:

II.1. wird geändert in:

„sich auf Bundesebene zum sozialen Ausgleich für die Einführung einer aus dem Regelsatz der Grundsicherung ausgelagerten Strom- und Heizkostenpauschale, welche jährlich an die Entwicklung der Strom- und Heizkosten angepasst wird und sicherstellt, dass die Strom- und Heizkosten tatsächlich gedeckt werden, einzusetzen. Darüber hinaus sollen Mehrbedarfe aus gesundheitlichen Gründen (z. B. für elektrisch betriebene Hilfsmittel) oder bei einer dezentralen Warmwasserversorgung kostendeckend bemessen werden.

Cornelia Lüddemann  
Fraktionsvorsitzende